

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

Dringliche Interpellation der Fraktion SP/Grüne

Kahlschlag bei Borregaard – was macht der Kanton?

Am 29. September wurde die Belegschaft der Firma Borregaard in Riedholz darüber informiert, dass der Borregaard Konzern der norwegischen Okla-Gruppe beschlossen habe, seinen schweizerischen Standort zu schliessen. Damit verlieren 440 Mitarbeitende ihren Arbeitsplatz, u.a auch 45 Lehrlinge. Für die Betroffenen, für den Industrie- und Wirtschaftsstandort Solothurn und insbesondere die engere Region wäre dies ein schwerer Schlag. Mit den Zuliefererfirmen muss man bis zu 1000 betroffenen Arbeitsplätzen rechnen. Zudem muss auch die ganze Schweizerische Waldwirtschaft und damit auch die Solothurnische Waldwirtschaft mit schlimmen Konsequenzen rechnen. Attisholz verarbeitete immerhin 15% der in der Schweiz geernteten Holzmenge, respektive 1/3 der jährlich anfallenden Waldindustriemenge.

Trotz dieser dramatischen Entwicklung bei einem der grössten Arbeitgeber im Kanton Solothurn gewinnt man den Eindruck, der Verlust von 400 Arbeitsplätzen werde vom Kanton als Alltagsgeschäft behandelt. Das darf und kann nicht sein. Dass es auch anders geht, zeigt die Erfolgsgeschichte des Stahlwerks Gerlafingen, wo sich der Kanton massiv engagierte. Für uns stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Zu welchem Zeitpunkt wurde die Regierung von der Unternehmung über den bevorstehenden Schliessungsentscheid orientiert? Wurden die offensichtlichen Signale, die bereits seit längerer Zeit auf einen Schliessungsfahrplan der Firma hinwiesen (zb Stornierung Bucheneinkauf) benutzt, um proaktiv zu agieren?
2. Was unternahm die Regierung seit dem Bekanntwerden der Schliessung durch die Firma? Welche Forderungen gegenüber der Firma wurden gestellt?
3. Wie beurteilt die Regierung das Verhalten der Firma Borregaard?
4. Wie beurteilt die Regierung eine allfällige Schliessung auf den Arbeitsmarkt, das Umfeld und die Solothurner Volkswirtschaft, insbesondere in der Region Solothurn?
5. Welche Folgen wären für die Solothurnische Waldwirtschaft zu befürchten. Sind allfällige unterstützende Massnahmen nötig?
6. Was unternimmt die Regierung, um die 440 Arbeitsplätze ganz oder teilweise zu retten? Ist die Regierung bereit, sich für Lösungen und konkrete Projekte einzusetzen, wie zb. „Hefe Süd“?

7. Was unternimmt die Regierung, damit für alle Lehrlinge eine Lösung gefunden werden kann?
8. Sind mit der Unternehmung Borregaard vertragliche Vereinbarung getroffen worden, die auch nach einer Betriebsschliessung relevant bleiben würden. Wurde allenfalls auch direkte oder indirekte finanzielle Unterstützung erteilt?
9. Bei einem Ende der Produktion müssten der Rückbau und insbesondere die Sanierung des Geländes durch Borregaard gewährleistet sein. Mit welchen Mitteln kann der Regierungsrat in diesem Fall sicherstellen, dass die Unternehmung die hohen Kosten übernehmen muss und die Folgen und Kosten schlussendlich nicht am Kanton hängen bleiben?

Unterschriften:

1. *Urs Huber*

2.

3.